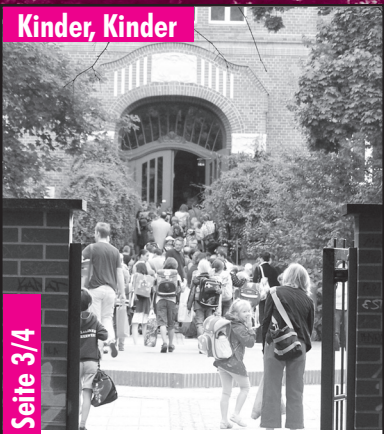




Kinder, Kinder



Seite 3/4

Klimaschutz



Seite 5

Schwul-lesbisch



Seite 6

Aus BVV und Ausschüssen

Falsches Spiel mit Bucher Kulturzentrum



Als die Nachrichten über enorme Mietsteigerungen infolge geplanter Modernisierungsmaßnahmen viele Bucher Bürger Anfang dieses Jahres verunsicherten, war die Affäre um einen Bauunternehmer mit SPD-Parteibuch und Sitz im Abgeordnetenhaus in aller Munde. Natürlich wollten seine Pankower Genossen nicht den Eindruck aufkommen lassen, sie fänden Mausechelen bei der Auftragsvergabe kommunaler Wohnungsbaugesellschaften oder die Verdrängung finanziell schwacher Mieter irgendwie akzeptabel. So legte die SPD-Fraktion zur Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 27. Januar einen Antrag vor, der die von fast allen Fraktionen geteilte Ablehnung überzogener Mieterhöhungen durch die Modernisierung mit konkreten „Drohkulissen“ vermengte. Wichtigster Punkt war das an das Bezirksamt gerichtete Verbot, weiter mit der HOWOGE Planungen über ein neues Bürgerzentrum in Buch

zu entwickeln. Der Bezirk strebt seit Jahren die Zusammenführung der Kultureinrichtungen in Buch an einem Ort an. Die HOWOGE bot sich nun an, mit Fördermitteln des Landes Berlin einen funktionsgerechten Neubau mit langfristig günstigen Bedingungen zu bauen. Die Linksfraktion, die sich öffentlich und nachdrücklich für die Interessen der Mieter der HOWOGE eingesetzt hat, warnte die antragstellende SPD davor, nun voreilig beide Fragen zu vermischen, denn der Bezirk könnte das neue Bürgerzentrum in Buch – das nicht nur den Mietern der HOWOGE offen stünde – nicht selbst finanzieren. Der Bezirk schneide sich quasi ins eigene Fleisch. Die SPD wiegelte ab, es wäre „angemessen, mal zwei Wochen lang die Planungsarbeiten in dieser Frage ruhen zu lassen“. Eine Mehrheit in der BVV beschloss das Planungsmoratorium. Bereits Ende März berichtete Stadtrat Dr. Michail Nelken (LINKE) der

BVV, dass die HOWOGE von ihren ursprünglichen Modernisierungsplänen abgerückt sei. Als CDU und LINKE in der BVV am 7. Juli das Moratorium der Planungen für das Bürgerzentrum endlich aufheben wollten, offenbarten SPD und Grüne ihre eigentlichen Absichten. Für die SPD, so Roland Schröder, muss erst eine Entscheidung darüber getroffen werden, ob Buch dieses Bürgerzentrum brauche – wohl wissend, dass damit die ohnehin knappe Zeit zur Planung und Antragstellung nutzlos verstreicht und sich dadurch das Ganze erledigt hat, weil der Senat inzwischen die Fördermittel anderen Bezirken zugewiesen haben wird.

Matthias Zarbock
Bezirksverordneter



SPD-Mieterschutzschirm?



Man wohnt sehr schön am Wasserturm in der Nähe der Kollwitzstraße im Prenzlauer Berg. Hier stehen zwischen Metzger Straße, Straßburger Straße und Belforter Straße drei Wohnblöcke aus dem Jahre 1961 mit moderaten Mieten. Die 110 Wohnungen sind modernisiert, Leerstand gibt es keinen. Auf dem Nachbargrundstück zur Kollwitzstraße entstand in den letzten drei Jahren das „KolleBelle“ mit teuren Eigentumswohnungen. Der Projektentwickler von „KolleBelle“ will nun auch das Grundstück mit den drei Blöcken kaufen, sie luxuriös ausbauen und noch zwei Stockwerke draufsetzen. Sein Vorhaben beinhaltet zudem den Neubau eines siebengeschossigen Wohngebäudes entlang der Straßburger Straße. Damit das neue Gebäude hinpasst, müssen einige Meter von den drei Blöcken, die quer zur Straßburger Straße stehen, abgerissen werden. Die Mieter, viele wohnen hier seit 1961, haben Angst und sind gegen dieses Vorhaben. Sie wollen nicht

durch höhere Mieten oder durch den Abriss von 20 Wohnungen verdrängt werden.

Das Bezirksamt erarbeitet nunmehr für dieses Grundstück einen Bebauungsplan. Baustadtrat Dr. Michail Nelken (DIE LINKE) will damit das Schlimmste verhindern. Mit dem Plan soll das zukünftige Baurecht für den Eigentümer bestimmt werden. Nur in so einem Verfahren sind Beteiligung und Einfluss der Mieter auf das zukünftige Bauvorhaben möglich. Ohne ihre Einbeziehung, so Baustadtrat Nelken und die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), ist die entstandene Situation nicht zu regeln.

Anders sieht es die SPD mit ihrem Spitzenmann Thierse. Jüngst war er in Begleitung von Mitgliedern der SPD-Fraktion der BVV in der Metzger Straße und wollte die Bürger davon überzeugen, dass die Verdrängung und die steigenden Mieten mit einem Sozialplanverfahren auf Grundlage einer Umstrukturie-

rungssatzung zu verhindern wären. Die SPD übersieht, dass hier nichts gebaut oder umstrukturiert werden muss. Mit dieser Satzung würden sie dem Investor völlig entgegenkommen. Die Mieter erkennen den Zusammenhang besser, dass dieses große Wort Sozialplan und der „SPD-Schutzschirm“ das Bauen des Investors voraussetzt.

Thomas Goetzke
Bezirksverordneter



Das Interview

Kinder, Kinder

Kita- und Hortplätze, verärgerte Eltern und steigende Fallzahlen beim Kinderschutz. extraDrei sprach mit Christine Keil, Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin und Stadträtin für Jugend und Immobilien. Die gelernte Maschinenbauerin ist seit 1996 Stadträtin – erst in Weißensee, dann seit 2001 im Großbezirk Pankow, sie ist Mitglied der LINKEN:

Kita-Gutschein - ein Ärgernis. Viele Eltern bekommen zwar einen, sind aber oft monatelang nach einem Kita-Platz auf der Suche. Woran liegt's?

Bevor ich auf die Frage antworte, möchte ich unbedingt darauf hinweisen, dass es in Berlin und ganz besonders in Pankow eine sehr gute Versorgung mit Kitaplätzen gibt. Und das sind keine Halbtagsplätze ohne Mittagessen, wie das noch oft im alten Bundesgebiet der Fall ist. In Pankow stehen aktuell 22.770 Kindern im Alter bis zu sechs Jahren 18.050 Kita-Plätze zur Verfügung. Das ist insgesamt ausreichend, allerdings nicht unbedingt in Wohnungsnahe. Ein Fahrweg von 30 Minuten mit öffentlichen Verkehrsmitteln muss von den Eltern hingenommen werden. Einige Platzkapazitäten können im Moment nicht belegt werden, weil in vielen Einrichtungen Baumaßnahmen aus dem Konjunkturpaket laufen und aus Erzieherinnenmangel.

Bei den Hortplätzen an den Grundschulen sieht es ähnlich aus. Wieviele Bewerber kommen in Pankow auf einen Kita- und Hort-Platz?

Kinder, die einen bestätigten Bedarf für einen Hortplatz haben, bekommen auch einen. Hier besteht das Problem eher in der Absicherung mit ausreichend Erzieherinnen. Im Kitabereich stellt sich die Anmeldesituation in den Ortsteilen unterschiedlich dar. Zahlreiche Kitas haben lange Wartelisten. Viele Eltern melden sich in mehreren Kitas an, so dass nie die Echtsituation abgebildet wird.

Kommunale Einrichtungen und private Träger - wie ist das Verhältnis bei den Kita-Plätzen?

Der Kitaeigenbetrieb NordOst hat eine Kapazität von 4.470 Plätzen. Bei freien Trägern sind es derzeit 13.580 Plätze. Die kommunalen Plätze haben einen Anteil von 25 Prozent.

Zunehmend wünschen Eltern spezielle Angebote wie zweisprachige Einrichtungen, musikalische Früherziehung und ähnliches.

Die Vielfalt der Angebote und Konzepte ist bei rund 250 Kitas im Bezirk zu groß, um sie aufzuzählen. Man kann sagen, dass fast alle Kitas spezielle Angebote machen, einige haben besondere Konzepte, zum Beispiel Waldkindergarten oder Sport.

Berlins Finanzsenator Nussbaum (parteilos, für SPD) will den Bezirken weniger Geld für die Kita-Betreuung geben. Stimmt das?

Herr Nussbaum hat „seinen“ Haushalt im Auge und sucht Einsparmöglichkeiten, auch im Kitabereich. Er zweifelt den Bedarf an Kitaplätzen mit einem Betreuungsbedarf von über neun Stunden an. Da sind wieder die Ostbezirke im Visier. Es wird gerade eine Arbeitsgruppe Bewilligungspraxis für Kitagutscheine gebildet.

Und was kannst Du bzw. der Bezirk tun, damit der Rechtsanspruch auf einen Kita- und Hortplatz schneller realisiert wird?

Einen bedarfsunabhängigen Rechtsanspruch auf einen Teilzeitplatz, das heißt fünf bis sieben Stunden, gibt es für die drei- bis sechsjährigen Kitakinder. Der wird erfüllt.

Gibt es Neues zur Zukunft der Schülerclubs in Pankow?

Im Bezirk wurden bis 2009 aus Landesmitteln neun Schülerclubs mit jährlich 290.000 Euro gefördert. Jetzt stehen nur noch 105.000 Euro zur Verfügung. Durch gemeinsame Anstrengung der Schulen, der Träger der Schülerclubs und meines Jugendamtes ist es gelungen, zunächst sechs Clubs bis zum Ende des Jahres 2010 zu fördern. Die Bewilligungsbescheide sind erteilt. Für 2011 steht die Finanzierung für

fünf, für Nummer sechs brauchen wir noch Geld.

Vor fünf Jahren wurde das Kinder- und Jugendfreizeitzentrum „Nische“ in der Mahlerstraße 4 in Weißensee eröffnet. Nun erfolgte eine Erweiterung zum Familienzentrum? Welche Vereine sind daran beteiligt und warum die neue Zielsetzung?

Das Familienzentrum wird am 12. September durch die Betreiber Frei-Zeit-Haus Weißensee e.V. und Kulturverein Prenzlauer Berg e.V. eröffnet. Ich sehe einen großen Unterstützungs-, Beratungs- und Freizeitbedarf für Familien im Bezirk.

Du bist als Jugendstadträtin auch für Kinderschutz zuständig. Rot-Rot auf Landesebene gelobte nach schrecklichen Übergriffen auf Kinder, die auch in den Medien dokumentiert wurden, Besserung. Sind mit dem Haushalt 2010/2011 alle Bedingungen erfüllt, um das erklärte politische Ziel für einen besseren Kinderschutz zu gewährleisten?

Alle Wünsche sicher nicht, aber durch den Druck „unserer Leute“ im Abgeordnetenhaus konnte endlich ein deutlich besseres Finanzierungssystem, gekoppelt an die Fallentwicklung, und mehr Geld für die Jugendhilfeleistungen durchgesetzt werden. Außerdem hat jeder Bezirk zwei zusätzliche Stellen Personal für den Kinderschutz erhalten.

2011 sind Wahlen, auch die Bezirksverordnetenversammlung Pankow wird neu gewählt. Wirst Du weiter dabei sein?

Ja, ich möchte kandidieren.

Interview:

Renate Tepper, Sandra Brunner



Foto: Bezirksamt, Kita Thomas-Mann-Straße

Zwei Jahre Gemeinschaftsschule

Tesla-Gemeinschaftsschule entsteht



Foto: Tesla-Schule

Die Projektvereinbarung für die zweite Pankower Gemeinschaftsschule, die Tesla-Schule in der Rudi-Arndt-Straße / Conrad-Blenkle-Straße wurde Mitte August 2010 in der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung feierlich unterzeichnet. Die Staatssekretärin für Bildung, Jugend und Familie, Claudia Zinke, die Pankower Bezirksstadträtin für Gesundheit, Soziales, Schule und Sport, Lioba Zürn-Kasztantowicz (SPD) und der Schulleiter der Tesla-Schule, Heiko Kammigan setzten ihre Unterschrift unter eine Vereinbarung, die diese Gemeinschaftsschule möglich macht. Festgeschrieben sind dort die Leistungen, die die Senatsfachverwaltung, die Schule und der Bezirk zum Gelingen dieses Pilotprojekts beitragen werden.

Bereits ab dem jetzt beginnenden Schuljahr wird die Mittelstufe

der Tesla-Schule ab Klasse 7 als Gemeinschaftsschule Schritt für Schritt aufgebaut. Die Grundstufe soll ab Klasse 1 im Schuljahr 2011/12 beginnen. Durch die Senatsverwaltung für Finanzen sind dem Bezirk Pankow die notwendigen Mittel für die bauliche Qualifizierung des maroden Gebäudes in der Conrad-Blenkle-Straße 52, für einen Zusatzbau, um die durchgehende Dreizügigkeit von Klasse 1 bis 10 gewährleisten zu können sowie für eine Sporthalle als Ersatz für die ebenfalls marode Sporthalle auf dem Schulgelände in Aussicht gestellt worden.

„Wir freuen uns sehr über diese starke Hilfestellung durch den Senat“, erklärte die Schulstadträtin Zürn-Kasztantowicz im Anschluss an die Unterzeichnung, „denn wir brauchen diese Schule wegen der nach wie vor steigen-

den Schülerzahlen, aber auch als ein attraktives inhaltliches Angebot, das - wie am Beispiel der Wilhelm-von-Humboldt-Schule sichtbar wird - von den Eltern angenommen und stark nachgefragt wird.“ Die Humboldt-Schule am Humannplatz gibt es seit zwei Jahren, die erste Gemeinschaftsschule in Pankow kann sich vor Anfragen von Schülern und Eltern kaum retten.

Pressestelle
Bezirksamt Pankow



Reformmotor



Das neue Schuljahr in Berlin ist kein gewöhnliches. Die Hauptschule und mit ihr die dreigliedrige Schulstruktur, die Kinder frühzeitig aussortiert, sind von nun an Geschichte. Ab diesem Jahr steht allen Schülerinnen und Schülern der Weg zum Abitur offen, egal, ob sie dieses auf einer Integrierten Sekundarschule oder einem Gymnasium anstreben. DIE LINKE hat lange für die Reform der Schulstruktur gekämpft und wird es weiter tun. Das anhaltend große Interesse an dem Modellprojekt Gemeinschaftsschule zeigt, dass unsere Idee von „Einer Schule für Alle“ für immer mehr Menschen überzeugend ist. Im Unterschied zum Gymnasium setzt die Integrierte Sekundarschule auf gemeinsames Lernen, individuelle Förderung und mehr Zeit.

Mit der Schulreform hat Rot-Rot in Berlin die Gliederung des Schulsystems reduziert. Eine Aufteilung danach, welcher Abschluss und welche Berufsperspektive angestrebt wird, entfällt ganz. Die Gemeinschaftsschulen, ein zentrales Anliegen der LINKEN,

waren Vorreiter für diese grundlegende Reform des Schulwesens. Aber mit der Schulreform verlieren sie keineswegs an Bedeutung. Die Gemeinschaftsschule kommt kontinuierlich voran. Jedes Jahr nehmen mehr Schulen an der Pilotphase teil. Die Schulen, die sich auf den Weg gemacht haben, Gemeinschaftsschulen zu werden, sind anerkannt und begehrt und zeigen – obwohl noch so jung – eine absolut erfreuliche und teilweise rasante Entwicklung. In Pankow zeigen dies Wilhelm-von-Humboldt-Schule am Humannplatz und die Tesla-Schule als neue Gemeinschaftsschule. Die Elemente der Gemeinschaftsschule, nämlich individuelle Förderung, gemeinsames Lernen von Kindern mit unterschiedlichen Leistungsvoraussetzungen, der Verzicht auf Aussortieren, werden mit der integrierten



Foto: Wilhelm-von-Humboldt-Schule

Sekundarschule in das gesamte Schulsystem ausgeweitet. Auch die Lehrer werden darauf vorbereitet. Immer mehr Menschen machen also die Erfahrung, dass das, was in der Bundesrepublik bisher weithin als undenkbar galt, normal ist und gut funktioniert. Wenn die Reform gelingt, stärkt das die Kraft für weitere Entwicklungen. Die Gemeinschaftsschulen sind daher Beispiele und Motoren dieser Reform. Sie zeigen, wie eine Entwicklung zu einer Schule für alle funktioniert.

Sie zeigen auch, wohin die Entwicklung noch gehen muss. Indem wir sie fördern, bieten wir denen, die sie wollen den direkten Weg zum gemeinsamen Lernen von der Einschulung bis zum Schulabschluss. Und immer mehr Eltern und Kinder nehmen dieses Angebot an.

Die LINKE hat daher gesichert, dass immer mehr Schulen Gemeinschaftsschulen werden können. Derzeit läuft gerade eine neue Bewerbungsrunde.

Steffen Zillich
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Berliner Klimaschutzgesetz

Klimaschutz ist Daseinsvorsorge

Das Klimaschutzgesetz wird seit längerem durchaus kontrovers diskutiert. Gerade weil der Klimaschutz eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen ist und Berlin auch international eine Vorreiterrolle übernimmt, habe ich Wert darauf gelegt, die Expertise von Verbänden und Organisationen einzuholen, mit Beteiligten zu diskutieren und für Akzeptanz zu werben.

Rot-Rot hat bereits 2008 ein klimapolitisches Arbeitsprogramm verabschiedet. Zur Umsetzung des Programms gehört das Klimaschutzgesetz. Klimaschutz ist Daseinsvorsorge und deshalb ein Schwerpunkt der Koalition, insbesondere der LINKEN. Gegenwärtig befindet sich der Gesetzentwurf in der senatsinternen Abstimmung. Nach Beschlussfassung im Senat wird er dem Abgeordnetenhaus vorgelegt.

Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu verringern. Die Einsparvorgabe von minus 25 Prozent CO₂-Emissionen bis 2010 gegenüber 1990 hat Berlin bereits 2006 erreicht. Berlin belegt im European Green City Index 2009 den achten Platz unter allen untersuchten europäischen Hauptstädten.

Warum ist dennoch ein Klimaschutzgesetz für Berlin erforderlich? Zum einen ist der sozial-ökologische Umbau für Berlin eine zentrale Aufgabe und das geplante Klimaschutzgesetz dafür ein wichtiger Baustein. Zum zweiten zielen bundesweite Regelungen auf neue Gebäude. Für Berlin ist es jedoch unerlässlich, die energetische Erneuerung von bestehenden Gebäuden voranzubringen. Drittens, muss nicht nur Energie eingespart werden, sondern auch die Nutzung

erneuerbarer Energien ausgebaut werden. Hier hat Berlin Nachholbedarf. Deshalb machen wir gesetzliche Vorgaben, um die Entwicklung der Zukunftstechnologie voranzutreiben. Viertens, hat Berlin nur begrenzte landesrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten beim Klimaschutz. Aber die wollen wir nutzen, insbesondere bei der Versorgung mit Fernwärme sowie bei Wärmeschutzanforderungen an Gebäude und Energieeffizienz von wärmetechnischen Anlagen.

Klimaschutzpolitische Ziele können nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn sie in der Gesellschaft akzeptiert werden. Wir haben im Ergebnis der bisherigen Debatte im Gesetzentwurf eine wesentliche Änderung vorgenommen, die die Intention des so genannten Stufenmodells aufgreift. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, die Industrie- und Handelskammer sowie der Mieterverein hatten vorgeschlagen, anstelle der beabsichtigten Nutzungspflicht für erneuerbare Energien Energiestandards für Gebäude gesetzlich festzulegen, die schrittweise nach klimaschutzpolitischen Erfordernissen abgesenkt werden sollen. Wir haben diese Anregung aufgegriffen und vor die Nutzungspflicht erneuerbarer Energien, an der wir aus rechtlichen und inhaltlichen Gründen festhalten, einen Gebäude-Energiestandard gesetzt. Wird dieser Wert nicht überschritten, entfallen die gebäudebezogenen Pflichten aus dem Gesetz. Damit werden bereits erbrachte Sanierungsleistungen honoriert. Mit den rechtlichen Vorgaben sollen nicht die Vorreiter, sondern zuerst die Nachzügler in Sachen Klimaschutz in die Pflicht genommen werden.

Ambitionierte Klimaschutzziele können nur umgesetzt werden, wenn die Wirtschaft leistungsfähig ist und die soziale Balance gewahrt wird. Wir werden deshalb einen Fördertatbestand in das Gesetz aufnehmen, um soziale und wirtschaftliche Härten möglichst zu vermeiden. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass EU- und Landesmittel zur Unterstüt-

zung der Heizungsmodernisierung und Zinsverbilligung der Bundesprogramme zur energetischen Gebäudesanierung genutzt werden können.

Wir haben in Beispielrechnungen für die kleine Singlewohnung genauso wie für die größere Familienwohnung und das Einfamilienhaus nachgewiesen, dass die finanziellen Auswirkungen des Einsatzes erneuerbarer Energien tragbar sind. So führt zum Beispiel der zusätzliche Bau einer Solarthermieanlage bei einer 65 m²-Mietwohnung im ersten Jahr nur zu einer Warmmietenerhöhung im einstelligen Euro-Bereich. Eine Holz-Pellet-Anlage führt bereits nach sieben Jahren zu Einsparungen bei der Warmmiete. Natürlich kostet Klimaschutz Geld. Aber die Investition in die Gebäude bringt doppelten Nutzen – für die Gesellschaft und für die Einzelnen. Energieeinsparungen reduzieren die Mietnebenkosten, und CO₂-Einsparungen den Aufwand der Gesellschaft für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel. Wenn Klimaschutz gelingen soll, dann ist eine gerechte Lastenteilung zwischen Staat, Wirtschaft und privaten Haushalten unverzichtbar. Wir brauchen deshalb auf Bundesebene einen Politikwechsel und neue Ansätze für die Verbindung von Klimaschutz, Förderpolitik, sozialem Zusammenhalt und Mieterschutz.

Katrin Lompscher
DIE LINKE

Senatorin für Gesundheit,
Umwelt und Verbraucherschutz



Christa Wolfs neues Buch

Stadt der Engel



© Susanne Schleyer/Suhrkamp Verlag

Wohin sind wir unterwegs? Das weiß ich nicht. - Mit diesen Worten endet Christa Wolfs „Stadt der Engel oder The Overcoat of Dr. Freud“. Abschied von Angelina, dem Schutzengel, und Abschied von neun langen kurzen Monaten, die Christa Wolf auf Einladung des Getty Centers in Los Angeles verbrachte. Siebzehn Jahre ist das inzwischen her. Das jüngst erschienene Buch - autobiografische Prosa - beschreibt diese Selbsteinkehr der großen Schriftstellerin am anderen Ende der Welt. Bohrende Selbstbefragung, Selbstgespräch. 415 Seiten lang, schonungslos, nachdenklich, redlich, zuweilen fanatisch nach Wahrheit suchend.

Ein Herzklopfenbuch. Denn die dringlichen Fragen der Christa Wolf sind eigentlich Jedermannsfragen: Warum ist man in der DDR geblieben. Und ab wann hat man gefühlt, geahnt, gewusst, dass die große Utopie gescheitert, das Experiment im Eimer ist?

Christa Wolf stellt diese Fragen natürlich nicht so plump, sondern sie schreibt damit - wie in all ihren Büchern - an gegen das Vergessen. Wie wahrhaftig kann die eigene Erinnerung sein? „Vielleicht...wird man sagen, sie haben zuletzt ohne Illusionen, aber nicht ohne Erinnerung an ihre Träume gelebt. An den Wind Utopias in den Segeln ihrer Jugend.“ Christa Wolf legt

diesen Satz ihrem Seelenverwandten Gutmann in den Mund. Und er ist vielleicht eine Art Schlüssel. Denn wie die heutige Christa Wolf sich der Christa Wolf nähert, die eben in jener „Stadt der Engel“ mit ihrer IM-Täterakte konfrontiert wird, zeigt, wie aufgebraucht diese Träume sind, wie verflogen alle Illusionen: „Du hast doch niemandem geschadet!“ So trösten sie die Freunde. Wolfs Antwort: „Doch... mir selbst.“

Mögen Kritiker haufenweise über dieses Buch und die Schriftstellerin herfallen - es ist, was bleibt. Suhrkamp Verlag, 415 Seiten, 24,80 Euro

Gisela Blank

Verzaubert in Nord-Ost



Wenn man sich in die Nische mit den beiden halbhohen Bänken zwängt, zwischen denen ein Tischchen steht, und die Augen schließt, glaubt man sich für einen Moment 35 oder 40 Jahre zurückgebeamt. Nische „Schoppenstube“ in der Schönhauser 44. Die legendäre Schwulenbar ist natürlich in der Ausstellung „Verzaubert in Nord-Ost“ präsent. Im Museum an der Prenzlauer Allee 227/228, in der ehemaligen Gemein-

dedoppelschule, erzählt eine sehr lebendige Ausstellung mit beeindruckenden Dokumenten die Geschichte der Lesben, Schwulen, Bisexuellen und transidenten Menschen in Prenzlauer Berg, Pankow und Weißensee. Verfolgt, unterdrückt, verschwiegen. Aber genauso selbstbewusst, kreativ, offensiv. Ein klares Plädoyer für alltägliche Toleranz. Die Ausstellung ist noch bis 12. Dezember, immer Samstags bis

Donnerstag, 10 bis 18 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei.



Foto: Schoppenstube

Rüstige Rentnerin

Die Volkssolidarität wurde am 24. Oktober 1945 in Dresden gegründet. Seit 65 Jahren ist das soziale Engagement für ältere und kranke Menschen, Pflegebedürftige, sozial Benachteiligte, für Kinder und Jugendliche nun Tradition.

Das heutige Wirken des Sozial- und Wohlfahrtsverbands umfasst drei Aufgabenbereiche: den Mitgliederverband mit einem vielgestaltigen Vereinsleben in Orts-, Interessen-

und Selbsthilfegruppen, soziale Dienste, Beratung und Einrichtungen, sozio-kulturelle und Vorsorgeangebote sowie die sozial-politische Interessenvertretung.

In Pankow ist die Volkssolidarität der stärkste Wohlfahrtsverband mit ca. 5.850 Mitgliedern, 68 Ortsgruppen, 534 Ehrenamtlichen, 2.500 ehrenamtlich geleisteten Stunden im Jahr 2009 sowie Nachbarschaftshilfe in den Wohngebieten und drei

Sozialstationen. Gratulationen, gesellige Veranstaltungen und Reisen sorgen insbesondere für erlebnisreiche Stunden für Senioren.

Ziel der Volkssolidarität Pankow ist es, in den nächsten Jahren neue und jüngere Mitglieder zu gewinnen und das Leben in den Ortsgruppen zu verstärken. Getreu unserem Motto „Miteinander-Füreinander“.

Ortrud Georgy
Volkssolidarität



Bunter als Schwarz-Gelb

Idealismus ohne Illusionen

Im Juli 2010 veröffentlichten Politikerinnen und Politiker von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN ein gemeinsames Papier für ein rot-rot-grünes Bündnis auf Bundesebene. extraDrei befragte dazu Stefan Liebich, Bundesabgeordneter (DIE LINKE) aus Pankow:

Für einen Idealismus ohne Illusionen - das Leben ist bunter. Was ist damit gemeint?

Das Papier ist ein Aufruf zur Schaffung einer Alternative zur schwarz-gelben Bundesregierung und inhaltliche Positionsbestimmung der beteiligten Politikerinnen und Politiker, die alle eher jüngeren „Baujahres“ sind.

Rot-Grün war 1998 ein Projekt mit viel außerparlamentarischer Unterstützung, etwas das derzeit fehlt.

Die Politik kann eine solche Unterstützung nicht erfinden. Heute gibt es außerparlamentarische Bewegungen eher zu konkreten Themen, zu Hartz IV oder Internetzensur. Eine breite außerparlamentarische Unterstützung, für die wir und auch andere, zum Beispiel das

„Institut Solidarische Moderne“ werben, wäre sehr hilfreich. Aber zur Not muss ein Politikwechsel auch ohne möglich sein.

Gemeinsame Schnittmengen müssen erarbeitet werden - sowohl zwischen den Parteien als auch außerhalb. Habt Ihr denn schon welche auf dem Zettel?

Die gibt es, zum Beispiel bei der solidarischen Bürgerversicherung, Bürger- und Menschenrechten und Bildungspolitik. Über Differenzen, unter anderem in der Friedenspolitik sollte man nicht schweigen, sondern gemeinsam nach Lösungen suchen.

Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen macht jetzt eine Minderheitsregierung. DIE LINKE hat sich enthalten bei der Wahl der Ministerpräsidentin. Ist das ein guter Start für eine links-grüne Zusammenarbeit?

Die LINKE Nordrhein-Westfalen ist Oppositionspartei. Sie hätte daher das „natürliche Recht“, die Regierung abzulehnen. Dass sie das nicht getan hat zeigt, dass die Parteifreunde sich ihrer Verantwortung bewusst sind.

Ist 2013 überhaupt eine realistische Zeitschiene für Rot-Rot-Grün?

Wann die Zeit reif ist, entscheiden die Wählerinnen und Wähler. Wenn morgen die Regierungskoalition bräche, stünden wir in der Verantwortung für eine alternative Option. In Berlin haben wir 2001 auch den rot-roten Senat gebildet, weil die große Koalition gescheitert ist und es mit Rot-Grün-Gelb nicht klappte. Daraus wurde ein erfolgreiches Projekt, das viel zur Überwindung der Mauer in den Köpfen beigetragen hat.

Welche Vorbehalte gibt es in unserer Partei dagegen?

Die Vorbehalte sind strategischer Art: Erreichen wir mehr für die Menschen, wenn wir in prinzipieller Opposition zu allen anderen Parteien sind. Oder halten wir es mit Oskar Lafontaine, der vor wenigen Wochen bekräftigte, dass DIE LINKE regieren will, weil sich in der Regierung am ehesten etwas verändern lässt. Ich bin da ganz bei Oskar.

Interview:
Sandra Brunner



Foto: Sacha Nolte

Streitbar und lebendig

Nachdem im Frühjahr der Programmwurf der LINKEN veröffentlicht wurde, wird auch bei uns im Bezirksverband munter diskutiert. Einigkeit besteht darin, dass seine Veröffentlichung begrüßt wird. Auch die Kapitalismusanalyse stößt bei vielen Genossinnen und Genossen auf Wohlwollen. In den meisten Diskussionen spielt zudem die Eigentumsfrage als zentrales Element einer Strategie gesellschaftlicher Veränderung eine Rolle. Umstritten ist, ob erst die Lösung der Eigentumsfrage zu einer demokratischen Gesellschaft führt, oder ob die heutige Demokratie Ausgangspunkt für Veränderungen ist. Dies und andere Punkte aus dem Programmwurf werden in der Pankower LINKEN diskutiert. Einige Basisorganisationen und Mitglieder sind

der Bitte des Vorstands gefolgt, und haben ihre Beiträge aufs Papier gebracht. Sie bemängeln unter anderem die enge Fokussierung auf die Lohnarbeit und bringen die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens ein. Andere finden, dass die Bewertung der DDR, ihrer Defizite, aber auch die Leistungen ihrer Menschen zu kurz gekommen ist. Weitere Mitglieder kritisieren, dass die Idee des sozialökologischen Umbaus im Programmwurf zu wenig untersetzt ist. Zudem werden die mangelnde Stringenz bei der Formulierung transformatorischer Politik hervorgehoben und die starren Bedingungen für die Übernahme von Regierungsverantwortung abgelehnt.

All diese Kritiken werden im Bezirksvorstand diskutiert, Diskus-

sionsmaterialien auf Basistagen an die Mitglieder verteilt, im Internet veröffentlicht und an die Redaktionskommission des Parteivorstandes weitergereicht. Sie fließen in die Wortmeldung unseres Bezirksverbands zum Programmwurf ein, die auf der Hauptversammlung am 2. Oktober diskutiert wird. Bis dahin: Diskutiert am 18. September in Rostock auf der Regionalkonferenz der Landesverbände der LINKEN aus dem Nordosten und am 6. November auf dem bundesweiten Programmkonvent in Hannover. Haltet die Ergebnisse eurer Debatte in den Basisorganisationen fest und gebt sie an uns weiter. Ohne Streit ist ein lebendiges Parteilieben nicht zu gestalten.

Sandra Brunner
Stellvertretende Bezirksvorsitzende



Stammtisch

Kasperle-Theater



Es war endlich Sonntag. Neun Uhr und die Sonne brannte vom Himmel. Allein der Anblick der verdorrten Gräser am Straßenrand machte Durst. Volles Tempo zum Eisernen Gustav an den Stammtisch. Die übliche Besetzung war schon anwesend. Altersdurchschnitt 70 Lebensjahre. „Ein kühles Bier heute und zum Antrinken einen eisgekühlten Korn.“ Der Wirt nahm die Bestellung entgegen. Fred eröffnete die Diskussion: „Wie weit kommt ihr denn mit der Rente, am 15. ist bei uns immer Ebbe in der Kasse.“ „Ja, und denken wir an den Exminister Blüm, der vor Jahren schon versprochen hat, die Renten sind sicher“, stieg Karl in den Disput ein. „Es existiert seit 2009 ein Gesetz, das die Festlegung enthält, die Renten dürfen nicht gekürzt werden, was auch durch den Finanzminister aktuell

bestätigt wurde,“ meine Ergänzung. Fast im Chor: „Das sind doch alles Lügen!“ Im Sommerloch hat der Vertreter der Chaostruppe FDP mit dem großen Hammer ausgeholt und gefordert, die Renten müssen zur Anpassung an die Lohnentwicklung frei gegeben werden.

„Ich habe vor einigen Tagen ein Schreiben von der Rentenversicherung erhalten, in dem mir bestätigt wurde, dass mein Rentenbetrag nicht geändert wurde. Für 20 Millionen Rentner ein riesiger Aufwand für Nichts.“ So, der grimmig vorgetragene Beitrag von Günter. Unser Exzahnarzt Kurt stieg mit voller Breitseite in den Disput ein. „Der reale Ertrag unserer Renten wurde Monat für Monat gekürzt. Die Preise für Gas, Energie, Wasser und Abwasser wurden kontinuierlich erhöht. Der Preisauftrieb kennt keine Grenzen.

Unsere Regierung, das sind nicht nur Lügner, sondern Wassertreter und Weintrinker. Jede Preiserhöhung führt zur Steigerung des Steueraufkommens. Das wird zumindest der Finanzminister wissen.“

Ich bestellte einen Korn für alle, um die Stimmung zu retten. Leider hilft auf Dauer auch der Korn nicht. Was diese Regierung den Bürgern antut, ist reines Kasperle-Theater. Leider fehlt der Polizist mit dem großen Knüppel.

Klaus Flemming



Hätte uns gefreut ..., wenn DIE LINKE im Sommer nicht wegen Kartelleichen und Personalquerelen in den Schlagzeilen gewesen wäre. So haben sich nun andere gefreut und die waren nicht fein. Und im Ernst: Recht und Gesetz gelten, aber Sensibilität und Solidarität tun besonders Linken gut. Also Hand aufs Herz und nicht in die Börse!

WANNWOWASWANNWOWASWANN

15. September 17.30 Uhr
36. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow von Berlin, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Bezirksverordnetensaal

18. September 11.00 Uhr
11 Uhr Regionalkonferenz zur Programmdebatte, Stadthalle Rostock

13.00 Uhr
Schluss jetzt mit der Atomkraft, Großdemo zur Umzingelung des Regierungsviertels in Berlin, Start: Reichstagswiese

20. September 18.00 Uhr
Basistag der LINKEN Pankow in der Bezirksgeschäftsstelle

19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

21. September 10.00 Uhr
Seniorenklub im Karl-Liebknecht Haus: „Patientenrechte in Deutschland – was haben wir von der schwarz-gelben Koalition zu erwarten“,

Kleine Alexanderstraße 28, Veranstaltung Helle Panke e.V.

24. September 19.00 Uhr
Vortrag „Warum die GASP keine Friedenspolitik werden kann“, Veranstaltungsreihe „Handlungsfeld Europa“, u.a. mit Sabine Lösing, MdEP DIE LINKE, Europäisches Haus, Unter den Linden 78

28. September 10.00 Uhr
Seniorenclub im Karl-Liebknecht-Haus, „Kalter Krieg im Baugeschehen – Stalinallee gegen Hansaviertel“, Referent: Dr. Norbert Podewin, Kleine Alexanderstraße 28, Veranstaltung: Helle Panke e.V.

2. Oktober 10.00 Uhr
3. Tagung der 2. Hauptversammlung, Programmdebatte und Wahl der Landesparteitage delegierten, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

4. Oktober 18.00 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

4. Oktober 18.00 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

6. Oktober 17.30 Uhr
Fortsetzung der 36. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin (BVV), Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

19.30 Uhr
Brot, Pop & Politik: Das Leben ist bunter - Außen- und Friedenspolitik, Diesseits von Schwarz-Gelb? Mit Agnieszka Malczak (MdB Bündnis 90/Die Grünen), Lars Klingbeil (MdB SPD) und Stefan Liebich (MdB DIE LINKE), Blauer Salon der Brotfabrik, Caligariplatz (Prenzlauer Promenade)

10. Oktober 10.00 Uhr
Bundesfrauenkonferenz DIE LINKE, Leipzig

11. Oktober 19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

Linksfraktion in der BVV Pankow
Bezirksamt
Fröbelstraße 17, Haus 7,
Fraktionszimmer, Raum 109

DIE LINKE Pankow
Bezirksgeschäftsstelle
Kopenhagener Straße 76,
Nähe S und U Schönhauser Allee

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Carsten Schatz

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. August 2010
Druck: double express Auflage: 6.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 5. November 2010

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.

Titelfoto: Wasserturm